



17 | Für eine solide Haushalts- und Finanzpolitik

Haushaltspolitik

Wir sind stolz auf die hohe Leistungsbereitschaft und -fähigkeit unserer Arbeiter, Ingenieure, Wissenschaftler, Angestellten und Unternehmer. Ihre Leistung ist insbesondere anerkennenswert, weil Thüringen nach wie vor mit massiven strukturellen Defiziten kämpft, die sich aus vier Jahrzehnten sozialistischer SED-Herrschaft und einem stellenweise falsch angelegten Vereinigungsprozess ergeben haben.

Um die Zukunft Thüringens zu gewinnen, brauchen wir eine höhere Investitionsquote im Landeshaushalt.

Vor diesem Hintergrund war es ein fataler Fehler der rot-rot-grünen Landesregierung, der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs vorschnell zugestimmt zu haben. Im Zusammenhang mit den geringeren Zuweisungen aus Fördertöpfen der EU und mit sinkenden Steuerprognosen ergeben sich düstere Haushaltsaussichten. Nach den Vorstellungen der rot-rot-grünen Landesregierung soll auch deshalb die Investitionsquote des Freistaats mittelfristig weiter sinken.

Wir wollen Subventionierung von ideologischen Projekten mit öffentlichen Mitteln streichen.

Mit uns jedoch wird es weder eine weitere Abwicklung von Verkehrsinfrastrukturen noch einen Aufschub dringend notwendiger Modernisierungen in Schulen oder Kindergärten oder die Verzögerung erforderlicher Investitionen in die innere Sicherheit geben. Wir wollen, dass Thüringen im Wettbewerb der Bundesländer und der europäischen Staaten weiterhin erfolgreich mithalten kann. Daher müssen wir in eine moderne Infrastruktur, bestens ausgebildete Fachkräfte, familienfreundliche Verhältnisse in Dörfern und Städten sowie eine stabile innere Sicherheit investieren. Wir wollen keine Trickserien um die „schwarze Null“, sondern eine höhere Investitionsquote, um die Zukunft Thüringens gestalten zu können.

Wir wollen, dass das Geld der Thüringer Steuerzahler nicht länger in ideologische Projekte geleitet wird. Hier besteht ein großes Einsparpotenzial. So werden wir z. B. das Haushaltsbudget für die Versorgung und die Unterbringung von Migranten

deutlich und auf das rechtlich zulässige Minimum reduzieren und die diversen Integrationsprogramme streichen, die nur die Organisationen der Asylindustrie nähren.

Wir wollen zudem alle Programme der bisherigen Landesregierung beenden, die auf eine politische Umerziehung und Indoktrinierung der Bürger unseres Landes abzielen. Alle Vereine und Initiativen, welche eine öffentliche Förderung erhalten, müssen sich zu unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen. Mit der Wiedereinführung der von allen Altparteien abgeschafften Extremismusklausel wollen wir die weitverbreitete staatliche Finanzierung linksextremer Strukturen beenden.

Zudem wollen wir uns auf Bundesebene für die vollständige Abschaffung der sogenannten kalten Progression starkmachen. Lohn- und Gehaltserhöhungen dürfen nicht mehr zu einem Ansteigen der effektiven Steuerbelastung des Arbeitnehmers führen.

Zur Finanzierung von Investitionen in die heimische Wirtschaft, in Infrastruktur, Bildung, Forschung und Entwicklung möchten wir einen Thüringer Staatsfonds gründen, an dem sich auch Thüringer Bürger beteiligen können. Der Aufbau eines solchen Fonds würde eine grundsätzliche Abkehr von der jahrzehntelangen Privatisierungspolitik bedeuten, die als Irrweg zu bezeichnen ist. Der Staat darf nicht weiter Staatsbesitz verkaufen und die Gewinne an Investoren abtreten. Stattdessen muss er Vermögen erwerben und so dafür sorgen, dass die Gesellschaft wieder stärker von der Wertschöpfung profitiert. Statt dabei zuzusehen, wie der deutsche Kapitalexport – immerhin bis zu 300 Milliarden Euro jährlich – zur Finanzierung von mal mehr und mal weniger guten Projekten in der Welt beiträgt, werden wir das Kapital in die Entwicklung unseres Landes investieren.

Zur Finanzierung von Investitionen in die heimische Wirtschaft, Infrastruktur, Bildung, Forschung und Entwicklung möchten wir einen Thüringer Staatsfonds gründen.

Langfristiges ausländisches Investitionskapital ist willkommen. Wir werden unsere heimische Wirtschaft jedoch vor schädlicher Spekulation und kurzfristig denkenden Renditejägern schützen.